

Beschlussvorlage

Organisationseinheit Abteilung 2	Datum 14.10.2014	Drucksachen-Nr. 2014/228
-------------------------------------	---------------------	------------------------------------

↓ Beratungsfolge	↓ Sitzungsart	↓ Sitzungstermin/e
Kreistag	öffentlich	20.10.2014

Tagesordnungspunkt 5

Abschluss von Freihandelsabkommen (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft/TTIP u. a.)

Beschlussvorschlag

- 1) Der Kreistag begrüßt das Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände (Anlage 1) und schließt sich diesem an. Der Kreistag lehnt eine weitere Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels ab, wenn dadurch Dienstleistungen der kommunalen Daseinsfürsorge betroffen werden.
- 2) Der Landrat wird vom Kreistag beauftragt, sich über den Landkreistag dafür einzusetzen, dass die Bereiche der kommunalen Daseinsfürsorge von den Verhandlungen zum TTIP ausgenommen werden, um zu verhindern, dass der Landkreis Konstanz dadurch in seiner kommunalen Organisationshoheit beeinträchtigt wird.
- 3) Der Landrat wird ferner beauftragt, sich über den Landkreistag bei den verantwortlichen Entscheidungsträgern dafür einzusetzen, dass TTIP und TiSa dann abzulehnen sind, wenn die Forderungen des Positionspapiers der kommunalen Spitzenverbände (ANLAGE 2) nicht erfüllt werden.

Sachverhalt

Die Vertreter der Partei DIE LINKE hat mit Schreiben vom 16.09.2014 darum gebeten, die Thematik im Kreistag zu behandeln und eine entsprechende Resolution übersandt (**ANLAGE 1**).

Das Transatlantische Freihandelsabkommen (englisch: Transatlantic Trade and Investment Partnership abgekürzt TTIP) ist ein Handels- und Investitionsabkommen in Form eines völkerrechtlichen Vertrages. Verhandlungspartner sind die USA, die EU sowie weitere Staaten.

Ziel des Handelsabkommens soll der Abbau von bestehenden Handelsbeschränkungen und eine Verbesserung der Investitionsbedingungen vor allem zwischen der USA und der EU sein. Durch erhoffte Mehrinvestitionen soll der Export verstärkt und die Wirtschaft gefördert werden.

Da die Handelsbeschränkungen nicht nur durch Steuern und Zölle entstehen, sondern auch durch unterschiedliche Standards verursacht werden, sollen die Standards der beteiligten Verhandlungspartner harmonisiert oder angeglichen werden. Kritiker befürchten eine Harmonisierung durch „Anpassung nach unten“.

Da eine Verbesserung der Investitionsbedingungen vor allem auch durch Marktzugangsverpflichtungen erreicht werden soll, haben sich die kommunalen Spitzenverbände im Hinblick auf ihre grundgesetzlich verankerte Verantwortung zur Daseinsvorsorge in einem Positionspapier (s. **ANLAGE 2**) mit dem Transatlantischen Freihandelsabkommen auseinandergesetzt.

Die kommunalen Spitzenverbände kommen darin zum Ergebnis, dass sich das grundgesetzlich verankerte Recht und die Pflicht zur Daseinsvorsorge nicht mit den uneingeschränkten Marktzugangsverpflichtungen des TTIP vereinbaren lassen. Durch eine unbeschränkte Liberalisierung dieses Marktsektors werde die Ausübung der kommunalen Daseinsvorsorge ausgehöhlt, indem die derzeit garantierte umfassende Organisationsentscheidung von Kommunalvertretern durch rein am Wettbewerbsgedanken ausgerichtete einheitliche Verfahren ersetzt werde.

Das Positionspapier der Spitzenverbände hat, untergliedert in sechs Abschnitte, ausführlich zu allen durch das Freihandelsabkommen berührten Aspekten kommunaler Selbstverwaltung Stellung genommen und fordert die Verhandlungspartner auf, die verfassungsrechtlich geschützte Position der Kommunen in Deutschland zu stärken und nicht durch eine undifferenzierte Liberalisierung zu schwächen.

Die Verwaltung empfiehlt auf Basis des oben dargestellten Sachverhalts den Beschlussvorschlag.

Finanzielle Auswirkungen

Siehe Sachverhalt.

Anlagen

Anlage 1 – Antrag der DIE LINKE

Anlage 2 – Positionspapier der Kommunalen Spitzenverbände